



Andreas Eilers
Ihr parteiloser Kandidat für den
Niedersächsischen Landtag

**Einzelbewerber
Eilers**
Ihre Option für den
Niedersächsischen
Landtag

Mehr unter:
www.wal-info.de

Meine Wahlziele

1. Bildung:

Bildung ist die Investition eines Landes in seine Zukunft. Wir brauchen eine ehrliche Kostenübernahme durch das Land. In den letzten Jahren wurden immer mehr Aufgaben an die Kommunen übertragen, ohne dass sich das Land dabei an den Kostenstrukturen beteiligt hat.

Gerade was die Inklusion betrifft, hat das Land die Kommunen alleine gelassen und nach dem Motto verfahren: „Macht ihr mal. Das wird schon“.

So darf und kann es nicht weitergehen.

- Wir brauchen eine klare Beteiligung des Landes an den Betriebskosten im Bereich von Kindertagesstätten und Horten.

- Beteiligung durch das Land an Investitionen für die Schaffung und den Bau von Kindertagesstätten und Hortplätzen.
- Voller Finanzausgleich für die Kommunen bei Einnahmeausfällen, wenn die Beitragsfreiheit in den Kindertagesstätten wirklich eingeführt wird.
- Schaffung einer 3. Betreuungskraft in jeder Kindertagesstätte pro Betreuungsgruppe durch Schaffung eines vernünftigen Betreuungsschlüssels.
- Im Rahmen der Inklusion muss endlich ein praxisgerechtes und realitätsnahes Rahmenkonzept erstellt und herausgegeben werden.
- Sofortiger Stopp der Schließung von noch vorhandenen Förderschulen bis das zwingend notwendige Rahmenkonzept zur Inklusion erstellt und mit einem vernünftigen Personalschlüssel auch praktisch umgesetzt werden kann.
- Unterstützung und Beteiligung des Landes an Modernisierungsmaßnahmen für Schulen aber auch Umsetzung der notwendigen Neubauten.
- Ohne die Bereitstellung einer vernünftigen personellen Ausstattung ist die Einführung einer Ganztagschule nur noch mit einem vernünftigen Kostenübernahmekonzept durch das Land zu gewähren.
- unverzüglicher doppelter Ausbau der Studienplatzangebote für angehende Lehrkräfte aber auch der Ausbau sowie die Schaffung eines Attraktivitätsprogramms für Quereinsteiger.

- Entbindung der Schulleiter von Aufgaben mit betriebswirtschaftlichen Hintergründen. Lehrer sollen wieder Zeit zum Lehren und zur Weiterbildung haben.
- Verpflichtende Aus- und Weiterbildung aller Lehrer im Rahmen der Inklusion. Die freiwillige Weiterbildung ist gescheitert.
- Trennung der Landesschulbehörde in zwei Bereiche, hier: den beratenden Bereich und den überwachenden Bereich, um Missstände zukünftig auch Erkennen und Abstellen zu können. Eine Behörde kann und darf nicht mehr Richter, Staatsanwalt und Verteidiger zugleich sein.

2. Sicherheit:

- Ausbau und Schaffung neuer Stellen für die Polizei. Das Kaputtsparen und Absenken der Dienstposten auf dem Rücken der aktiven Polizistinnen und Polizisten muss ein Ende haben.
- Ausbau und Wiederherstellung der Polizeipräsenz in der Fläche.
- Abbau von Beförderungsstaus durch Bereitstellung zusätzlicher Geldmittel.

3. Verkehr:

- Stopp des Ausschlusses von Dieselfahrzeugen aus der Umweltzone und Rückkehr zu einer sachlichen Diskussion und Überprüfung der NOx-Werte.

Es kann nicht sein, dass wir in Bürogebäuden einen Wert von 950 Mikrogramm pro Kubikmeter Raumluft zulassen aber auf der Straße einen Wert von 40 Mikrogramm festlegen.

- Ausbau und Erweiterung Angebot Nahverkehr. Dabei Prüfung Spielraum Senkung der Fahrpreise zur Erhöhung Annahme des Transportangebotes durch den Nahverkehr.

4. Wohnraum und Soziales:

- Ausbau des Bundesteilhabegesetzes und Erweiterung der Anspruchsmöglichkeiten und Prüfung der Effektivität von angebotenen Maßnahmen.
- Kein Abbau von Rettungsstationen oder aber einer Reduzierung des Personalansatzes.
- Bereitstellung und Vorhalten von ausreichender Krankenhausversorgung und genügend Aufnahmekapazitäten sowie vernünftiges Festschreiben zukünftig notwendiger Finanzierung.
- Schaffung und Bereitstellung von sozialem Wohnraum durch Einbindung der städtischen Bauträger bzw. Beteiligungsgesellschaften.
- Ausbau von Kooperationen zur Steigerung der Attraktivität zum Bau von sozialem Wohnraum durch Kostenminimierung.

5. Flüchtlinge:

- Übernahme und Berechnung sowie Erstattung der wahren Kosten für die Kommunen durch das Land.
- Prüfung weiterer praktikabler und positiv nutzbarer Wohnsitzauflagen, um nicht in einer Kommune viel Geld für die Schaffung von Sprachfördermöglichkeiten oder Kita's oder Schulplätzen zu investieren, die durch Um- bzw. Wegzug dann nicht mehr genutzt werden und die Kostenaufwendungen damit umsonst waren.
- Rücksprache und Einflussnahme gegenüber dem Bund über die Steuerung und Erfassung des möglichen Familiennachzugs und der damit verbundenen vorausschauenden Schaffung der Rahmenbedingungen für eine vernünftige Aufnahme und Versorgung.
- Deutliche Prüfung und Unterscheidung des Schutzstatusses zwecks effektiverer Planung der Unterstützung sowie Versorgung.
- Durchsetzung der notwendigen Abschiebemaßnahmen, um den wirklich Bedürftigen gerecht zu werden.
- Unterstützung und Zusammenarbeit mit dem Bund bei der Verhinderung illegaler Immigration.

Darüber hinaus gibt es natürlich noch viel mehr, was zu regeln und zu klären ist bzw. im Argen liegt. Als Beispiele seien hier die Wirtschaft, Finanzen aber auch die Kommunen genannt.

Ihr Andreas Eilers